

BLICKPUNKT KUBA

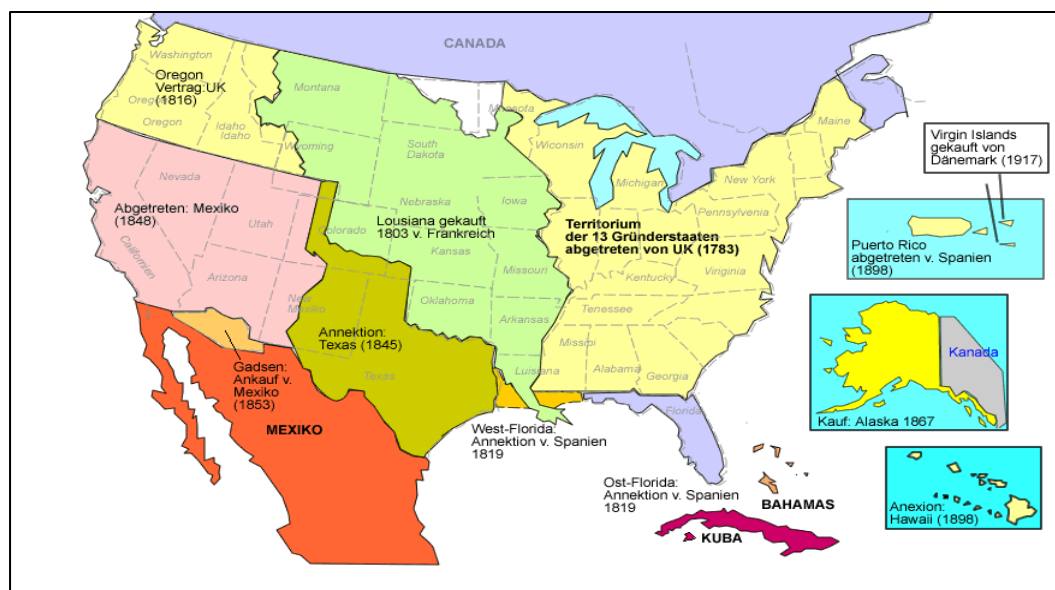
In dieser Ausgabe:

- Die Geburt des Imperiums – Mario Arcadi
- Kuba will Selbstversorgung aufbauen
- Lebensmittelpreise
- Amerikas neue Sklaven
- Kurznachrichten von Granma International
- Mit Chávez wollen sie das selbe machen wie mit Milosevic

Die Geburt des Imperiums

Mit dem Spanisch - Amerikanischen Krieg begann 1898 die Ära des US Imperialismus

von Mario Arcadi / Kuba



Karte 1: Die Gründerstaaten der USA nach der Unabhängigkeit 1783 und anschließende Landnahme auf dem Kontinent

Unabhängigkeit und Monroe Doktrin

Als im September 1783 mit der Unterzeichnung des Friedens von Paris die Unabhängigkeit der USA von den verschiedenen europäischen Kolonialmächten anerkannt wurde, bestand die USA gerade mal aus 13 Staaten, die sich alle an der Ostküste des Kontinents befanden. Mit der nach dem ehemaligen US Präsidenten James Monroe (1817-1825) benannten Doktrin der US amerikanischen Außenpolitik, wurde sofort die Festigung der eigenen Machtinteressen auf dem Kontinent besiegelt und die Nichteinmischung der europäischen imperialistischen Nationen verlangt. Schon Ende des 19. Jahrhunderts war dann mit dem Abschluss des Sezessionskrieges (1861-1865) und nach einer langen Periode von Eroberungen, Abtretungen und Massakern gegen die einheimischen indianischen Stämme¹ der interne territoriale Konsolidierungsprozess der Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossen. 1845 war Texas und 1846 Kalifornien gewaltsam dem mexikanischen Staat entrisen worden. Zusammen mit den davor von Frankreich und Spanien entwendeten oder abgekauften Territorien Louisiana, Oregon und Florida² umfasste das Gebiet der USA nun nahezu die heutige Ausdehnung auf dem nordamerikanischen Kontinent.

Die Voraussetzungen zur Expansion Richtung Süden, zu den großen spanischen Kolonialbesitzungen waren herangereift. Die Länder Lateinamerikas und der Karibik, die sich zum Teil schon im Kampf um ihre Unabhängigkeit gegen die Kolonialmächte der Alten Welt befanden, konnten nun ins Visier genommen werden und sollten den USA „wie eine reife Frucht in den Schoß fallen“.³

Die „Maine“, oder wie man einen Konflikt schafft

Die Auseinandersetzung, die letztendlich die gesamte geschichtliche Entwicklung des 20. und 21. Jahrhunderts beeinflussen sollte, war der Beginn des Spanisch-Nordamerikanischen Krieges, der vom 21. April 1898 bis zum 12. August 1898 dauerte. Mittels dieses "prächtigen, kleinen Kriegs"⁴ gegen die sterbende spanische Kolonialmacht und den nachfolgenden Pariser Verträgen vom Dezember 1898 nutzten die Vereinigten Staaten von Amerika die Opfer und das vergossene Blut der kubanischen, puertoricanischen und philippinischen Unabhängigkeitskämpfer aus, um sich die 7100 Inseln der Philippinen und Guam (alle im Pazifischen Ozean) sowie die Inselgruppen Puerto Ricos und Kubas anzueignen.

Der offizielle Grund für die Einmischung der USA in den Krieg der kubanischen Unabhängigkeitsbewegung gegen die spanische Kolonialherrschaft war ein Attentat auf das Militärschiff Maine, daß die USA auf einen „Freundschaftsbesuch“ in den Hafen von Havanna entsandt hatte. In der Nacht vom 15. Februar 1898 kam es zu einer Explosion auf dem Schiff. Der Anschlag und der Tod von über 260 Besatzungsmitgliedern wurde mit viel Medienrummel von der US Presse verbreitet und den Spaniern angelastet. Gleichzeitig wurde den spanischen Spezialisten jegliche Nachforschung erschwert und die Bildung einer gemeinsamen Untersuchungskommission abgelehnt. Schon vorher hatte die nord-amerikanische Presse engagiert gegen die Spanier agitiert. Die Stimmung war reif für die ersehnte Intervention auf der Insel. Mit der Anerkennung der Unabhängigkeit Kubas am 19. April 1898 durch eine Resolution des US Senats wurde den Spaniern indirekt der Krieg erklärt.⁵

Erst in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts wurde das Wrack genauer untersucht und festgestellt, dass die Explosion wohl im Innern des Schiffs stattgefunden hatte und nicht durch eine von außen angebrachte Mine verursacht wurde, wie die US Regierung seinerzeit vermutete. Wer oder was diese Explosion im Innern des Schiffes verursacht hat, ist bis heute ungeklärt.⁶

Dass der verantwortliche Kapitän Charles Dwight Sigsbee vom damaligen Präsidenten McKinley (1897-1901) schon drei Monate nach der Explosion auf eine neue Mission geschickt wurde- die Kaperung eines britischen Kohleschiffs - und ein Jahr später das Amt des Leiters für Sicherheit innerhalb der US Marine übernahm, lässt auf eine positive Beurteilung seiner „Maine-Mission“ schließen. Die Frage, ob den nordamerikanischen Machtkreisen der Eintritt in diesen Krieg das Opfer von 266 eigenen Soldaten wert war, soll hier nicht beantwortet werden. In einer Gesellschaft, in der in nur 36 Jahren Republik (1865 - 1901) 3 gewählte Präsidenten ermordet wurden (Lincoln im April 1865; Garfield im August 1881 und McKinley im August 1901) scheint Mord - auch an den eigenen Mitbürgern - als

Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen im Rahmen des Machbaren zu liegen. In diesem historischen Kontext kann auch der 11.9.2001 neu bewertet werden.

Jedenfalls kostete es die USA damals weitere 5000 Soldaten um ihre Interessen auf der Karibikinsel durchzusetzen, obwohl die spanischen Truppen von den Kämpfen mit den kubanischen Unabhängigkeitskämpfern schon geschwächt waren. Denn die meisten starben wegen der schlechten medizinischen Versorgung nicht im Gefecht, sondern an tropischen Krankheiten. Der spätere Präsident der Vereinigten Staaten - Theodore Roosevelt - nahm übrigens mit seinem Freiwilligenheer, den „Rough Riders“, an den Kämpfen in Santiago de Cuba teil.



Enciclopedia Encarta, THE BETTMANN ARCHIVE

Bild 1: Roosevelt und die Rough Riders

Die Scheinrepublik

Dass sich die kubanische Unabhängigkeitsbewegung von den USA überrumpeln und den Sieg über die Spanier nehmen ließ hatte mehrere Ursachen: Politisch war schon der Tod Martí's, der 1895 in seiner einzigen Schlacht gegen die Spanier fiel, ein schwerer Verlust gewesen. Denn der Nachfolger der Revolutionären Partei Kubas - Tomas Estrada Palma - löste die Partei sowie deren Zeitung „Patria“ dann 1898 auf und zerstörte so die Bewegung von innen. Meinungsverschiedenheiten, Intrigen und die allgemeine Erschöpfung ließen die Einheit der Bewegung zerbrechen. In dieser Einheit unter der Führung Martí's hatte aber die Stärke der Unabhängigkeitsbewegung bestanden.

Dazu kam die finanzielle Abhängigkeit Kubas von den USA, denn schon seit des ersten Unabhängigkeitskrieges Mitte des 19. Jahrhunderts verkaufte die Insel nahezu ihre gesamte Zuckerernte an die USA. Gleichzeitig investierten die US Banken im Bergbau und in der Konsumgüterindustrie. So existierten enge Verflechtungen und Abhängigkeiten zwischen dem US-amerikanischen Kapital und der konservativen Oligarchie Kubas.

Nach dem Sieg über die ehemalige Kolonialmacht musste also wieder ein politisches System geschaffen werden, dass den Interessen des US Finanzkapitals, den genannten konservativen Kreisen, dem Klerus, der verbliebenen spanischen Bourgeoisie und den Annexionisten⁷ entsprach.

So wundert es nicht, dass außer der Wiederherstellung der guten Beziehungen zu den kubanischen konservativen Kräften, die erste Maßnahme des eingesetzten Militärgou-

verneurs Leonard Wood darin bestand, das Rebellenheer zu entwaffnen. Danach setzte er Wahlen mit einer begrenzten Zahl von Stimmberechtigten an und am 15. Juli 1900 wurde eine Konstituierende Versammlung einberufen, die eine Verfassung ausarbeiten sollte. Darin sollten auch die Grundlagen der Beziehungen mit den USA in Abstimmung mit der USA festgelegt werden.

Da es daraufhin Proteste von der kubanischen Unabhängigkeitsbewegung gab, wurde die politische und militärische Kontrolle sowie das Recht zur wirtschaftlichen Ausbeutung der Insel mit einem Zusatz, der 1902 in die kubanische Verfassung aufgenommen wurde und als Platt Amendment in die Geschichte einging, quasi per Gesetz legalisiert. Die Wahl des Präsidenten musste fortan mit den USA abgestimmt werden und sie hatten das Recht auf militärische Intervention, wenn sie es für notwendig hielten. Die neue Kolonialmacht

Auf den Phillipinen hatte der Krieg gegen Spanien schon im Mai 1898 begonnen. Dort belagerten die Unabhängig-

keitskämpfer zusammen mit den Truppen der USA die spanische Garnison in Manila. Als die spanische Kolonialmacht auf Kuba besiegt wurde, ergaben sich die Truppen in Manila. Doch der Sieg bedeutete nicht die Unabhängigkeit für die philippinischen Patrioten. Im Dezember etablierten die USA eine Militärregierung auf der Pazifikinsel. So begann der Philippinisch-Amerikanische Krieg, der mit der Unterwerfung der Unabhängigkeitsbewegung unter die neue Kolonialmacht endete. Die Insel blieb bis 1941 unter direkter US amerikanischer Verwaltung. Auch Puerto Rico wurde am 10. Dezember 1898 von den USA annektiert und kämpft bis heute um seine Unabhängigkeit.

Kuba wurde erst mit dem Sieg der Revolution am 1. Januar 1959 tatsächlich unabhängig und gilt als erstes freies Territorium Amerikas. So vollendeten die Revolutionäre unter der Führung Fidel Castros den Kampf, den José Marti fast hundert Jahre vorher begonnen hatte.

-
- ¹ Als Abschluss dieser „Indianerkriege“ gilt in der Geschichte das Massaker von Wounded Knee (*Chan̄kpe Opi Wakpala*), bei dem am 29.12.1890 über 350 Männer, Frauen und Kinder der Minneconjou-Lakota-Sioux-Indianer unter Häuptling Spotted Elk ('Big Foot') von der US Armee niedergemetzelt wurden.
 - ² So wurde z. B.: Luisiana 1803 von Frankreich und Ost Florida 1819 von Spanien gekauft; West Florida 1810 und 1813 wurden dagegen gewaltsam den Spaniern enteignet.
 - ³ Zitat von John Quincy Adams 1823
 - ⁴ Zitat: L. Suárez Salazar: „Madre América“ S. 27.
 - ⁵ siehe auch BLICKPUNKT 4-2007: „Die ersten Konzentrationslager der Geschichte“
 - ⁶ Carlos García Santa Cecilia in Microsoft Encarta Español (2004): „España y EEUU aún discrepan sobre las causas del hundimiento del Maine“.
 - ⁷ Annexionisten: Bewegung die schon Anfang des 19. Jahrhunderts für einen Anschluss an die USA eintrat.

LITERATUR

Luís Suárez Salazar: „Madre América, un siglo de violencia y dolor“; Editorial de Ciencias Sociales, 2003; La Habana.
 Roberto Massari: „Geschichte Kubas“; DIPA Verlag, 1992; Frankfurt;
 Enrique Ubieta Gómez: „La independencia no es un valor abstracto“; ContraCorriente Nr. 9, S. 3; 1997; La Habana.
 Eliades Acosta Matos: „El 98: Un siglo de dudas, silencios y profecias“; ContraCorriente Nr. 9, S. 6; 1997; La Habana.

BILDER UND KARTEN

Karte Nr. 1 : Mario Arcadi
 Bild Nr. 1 Micorsoft Encarta 2004

Kuba will Selbstversorgung ausbauen

Revitalisierung der Landwirtschaft soll Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten verringern

Von Leo Burghardt, Havanna

Seit vergangenen Donnerstag haben in den 169 Land- und Stadtkreisen Kubas die neuen Agrar-Kommissionen ihre Arbeit aufgenommen. Sie sollen die mehr schlecht als recht funktionierende Landwirtschaft durch eine rigorose Dezentralisierung und der »jeweiligen Region angemessene, wohl durchdachte kühne Maßnahmen« (Raúl Castro) aus dem Mittelmaß herausführen.

85 Prozent dessen, was die Kubaner verzehren, entstammt Importen. Der Staat muss dafür 1,6 Milliarden Dollar im Jahr berappen, bei steigender Tendenz. Zugleich liegen 51 Prozent des kultivierbaren Bodens brach oder werden mangelhaft bewirtschaftet. Rentabel arbeiten nur die Privaten und zumindest einigermaßen akzeptabel jene Genossenschaften, denen Plantagen vom Staat zur Nutzung übergeben wurden. Die rein staatlichen Farmen können nur in den seltensten Fällen ihren Verpflichtungen nachkommen. Bei insgesamt sechs unterschiedlichen Besitz- bzw. Pachtformen mit ihren jeweiligen Verwaltungen, Märkten und Infrastrukturen herrscht einfach Wirrwarr. Viele Bauern warfen den Bettel da hin. Junge Leute blieben oft nicht auf dem Land, jene, die blieben, verrichteten ihre Arbeit meist lustlos, es fehlte an Anreizen und angemessenen Aufkaufpreisen.

Für die einfachsten Arbeitsmittel wie Macheten, Pflüge, Sicheln, Eggen oder Beile, selbst für Stiefel und andere Arbeitsbekleidung mussten die Bauern in einen Papierkrieg mit der Bürokratie ziehen, den sie allzu oft verloren. Seit dem 1. April sind die Bürokraten ausgeschaltet, die ersten Geschäfte wurden eingerichtet, in denen Bauern einkaufen können – allerdings nur gegen CUC, den »harten« und konvertiblen Peso. Zugleich wurden einige Aufkaufpreise deutlich erhöht wie für Milch und Kartoffeln. Und in den Wechselstuben kann man »weiche« gegen »harte« Peso umtauschen.

Jeder Kubaner kann inzwischen auch in jedem Hotel Quartier nehmen – zu Touristenpreisen. Doch obgleich es durchaus zigtausend wohlhabende Kubaner gibt und Millionen Jahre lang ihr Leid klagten, dass ihnen, auch wenn sie über genügend Bares verfügten, eine solche Unterkunft versagt wurde, gab es bisher kaum zahlende kubanische Gäste; dafür um so mehr Nachfragen, ob es denn wahr sei, dass man jetzt ... – denn die Medien widmen den neuen Maßnahmen nur wenig Raum.

Wie der panamaische Botschafter in Havanna unlängst berichtete, sind heute jede Woche 20 statt wie früher zwei Containerschiffe zwischen Colón und einem kubanischen Hafen unterwegs. Sie hätten vorwiegend elektronisches Gerät geladen, das inzwischen ebenfalls frei verkäuflich ist, ab heute auch Handys. Computer sind noch nicht im Angebot, die potenzielle Nachfrage danach ist aber groß.

Es tut sich also etwas. Sofort ins Auge fallend und von den Hauptstädtern lauthals begrüßt, verkehren etwa neue be-

queme Busse wieder regelmäßig, und außer in den Spitzenzeiten kann man sogar damit rechnen, einen Sitzplatz zu bekommen. Die Straßen, die sie befahren, wurden ordentlich instandgesetzt. Kuba lässt die Sonderperiode mit ihren dramatischen Mängeln an Lebensmitteln und Medikamenten, zerstörten Straßen und finsternen Nächten hinter sich. Nickel, Kobalt, Erdöl, Tabak, Erzeugnisse der Biotechnologie – Produktion und Export funktionieren. Aus China und Venezuela erhält Kuba günstige Kredite. Und der Dienstleistungsexport – vor allem geht es um Ärzte und Schwestern – bringt hunderte Millionen. Im Argentinien liegen weiterhin der Wohnungsbau und eben die Landwirtschaft. Aber unter dem Strich gibt es auch keinen Grund pessimistisch zu sein, denn die Probleme sind erkannt, und man sieht Licht am Ende des Tunnels.

ND, 14. April 2008

Lebensmittelpreise

Kuba reaktiviert Anbaufläche für Reis

Havanna (rtr) - Angesichts der steil steigenden Importpreise für das Grundnahrungsmittel Reis reaktiviert Cuba Tausende Hektar Anbaufläche. Derzeit werde daran gearbeitet, das Gebiet einer Reisfarm zu roden, berichteten örtliche Medien.

Der Reisanbau ist auf der Karibikinsel seit dem Zusammenbruch der verbündeten Sowjetunion stetig zurückgegangen. Lag der Ertrag von neun großen staatlichen Farmen damals noch bei 260.000 Tonnen pro Jahr, wurden im vergangenen Jahr gerade noch 70.000 Tonnen geerntet. Dazu kommen etwa 150.000 Tonnen von kleineren Farmen und privaten Bauernhöfen.

Doch das reicht bei weitem nicht aus, um den Bedarf zu decken. Reis ist das wichtigste Grundnahrungsmittel der Kubaner, pro Jahr liegt der Bedarf bei 700.000 Tonnen. Kubas neuer Präsident Raul Castro hat der Landwirtschaft seit seiner Amtsübernahme von seinem älteren Bruder Fidel eine deutlich höhere Bedeutung eingeräumt.

© FR-online.de 18.04.2008

Amerikas neue Sklaven

US-dominiertes »Freihandel« hat im Süden des Kontinents verheerende Folgen. Ein Kongreß in Nicaragua zog Bilanz und diskutierte Gegenstrategien

Von Torge Löding (*Voces Nuestras*), Managua

Die Verbrechen an Gewerkschaftern in Zentralamerika bekannt machen – das war das zentrale Ziel eines internationalen Forums zu »Sklaverei im 21. Jahrhundert«. Die Tagung mit mehr als 200 Aktivisten fand vergangene Woche in Nicaraguas Hauptstadt Managua statt. Aufgerufen hatte die »Kampagne gegen Flexibilisierung der Arbeit«, die in ganz Mittelamerika gegen die Auswirkungen des neoliberalen Handels mobilisiert. Nach Managua waren Vertreter aus sechs Ländern und von fast 80 Organisationen gekommen.

Schwarze Listen

Besondere Beachtung fand die Situation von Frauen in den sogenannten Maquilas, Billiglohnfabriken, die mit Beginn des US-dominierten Freihandels in der gesamten Region aus dem Boden geschossen sind. Zwischen siebzig und achtzig Prozent der Belegschaft in diesen verarbeitenden Betrieben sind Frauen. »Die Unternehmer stellen sie lieber ein, weil sie weniger über ihre Rechte informiert und gefügiger sind und weil sie schon im Haushalt größere Verantwortung tragen«, sagt Maria Elena Sabillón vom Zentrum für Frauenrechte (CDM) aus der Industriemetropole San Pedro Sula in Honduras. Frauen beschwerten sich deswegen nicht so schnell über die Zustände in den Betrieben. Und die sind in Honduras katastrophal. Schuld daran sei auch die Regierung, von der soziale Rechte untergraben würden, so Sabillón. Zwei von drei Verträgen sollen nach einem neuen Beschäftigungsprogramm in dem mittelamerikanischen Land künftig für Zeitarbeitsstellen abgeschlossen werden. In einigen ärmeren Gegenden soll der ohnehin schon niedrige Durchschnittslohn zudem von sechs US-Dollar am Tag auf 4,50 Dollar abgesenkt werden. »Damit kann sich eine Beschäftigte in einer Maquila kaum noch ein Dach über dem Kopf leisten.«

Gäste aus Nicaragua, Honduras und Costa Rica berichteten auf dem Kongreß von schwarzen Listen, auf denen Unternehmer kritische oder gewerkschaftlich organisierte Mitarbeiter notieren. Wessen Name einmal erfasst ist, der braucht sich um keine Neueinstellung mehr zu bewerben.

Tiefen Eindruck hinterließen die Berichte der Delegationen aus Guatemala und Panama über Morde in den vergangenen Monaten. »Panama erlebt einen Bauboom wie selten zuvor. Da ist transnationalen Baukonzernen wie Oderbrecht unsere kämpferische Bauarbeitergewerkschaft SUNTRACS ein Dorn im Auge«, erklärte deren Vertreter Raymundo Garcés. Die Konzerne und »die mit ihnen verbündete korrupte Regierung von Präsident Martín Torrijos« schreckten vor nichts zurück. Ende vergangenen Jahres seien in Panama die Gewerkschafter Osvaldo Lorenzo und Luiyi Argüelles ermordet worden, im Februar dann sei ein weiterer Kollege, Iromy Smith, von einem Polizisten hinterücks erschossen worden. »Massenproteste daraufhin wurden von der Polizei blutig niedergeschlagen«, sagte Garcés. Ein Ergebnis dieser Repression sei aber auch »Wut und ein gestiegenes Klassenbewußtsein«, ergänzte Julio Cesar Camaño Adames, der sich in Panama als Rapper »El Emperador« mit politischen Texten einen Namen gemacht hat.

Profiteure

Die Besucher des Kongresses »Sklaverei im 21. Jahrhundert« beschäftigten sich aber auch mit politischen und ökonomischen Alternativen zum Neoliberalismus. Luis Barbosa, Vorsitzender des nicaraguanischen Gewerkschaftsverbandes CST-JBE, hob den Staatenbund »Bolivariische Alternative für Amerika« (ALBA), der von Venezuela und Kuba ins Leben gerufen wurde, positiv hervor. Miguel Ruiz, Generalsekretär dieser Gewerkschaft, forderte indes einen Stop der Verhandlungen mit der EU über ein Assoziierungsabkommen: »Jeder Prozeß hat Gewinner und Verlierer. Bei den jetzigen Inhalten wären nur die europäischen Großkonzerne die Profiteure«, sagte er. Die angebliche Integration der Zivilgesellschaft in den Verhandlungsprozeß bezeichnete Ruiz schlicht als »Lüge«. Gemeinsam wollen die Mitglieder der »Kampagne gegen Flexibilisierung der Arbeit« deswegen nun Proteste gegen die kommende Verhandlungsrunde zwischen EU und Zentralamerika in El Salvador organisieren.

* Weitere Informationen im Internet: laboralred.net

junge Welt, 14. April 2008

Kurznachrichten von Granma International

www.granma.cu/aleman/index.html

KUBA UNTERZEICHNET INTERNATIONALE MENSCHENRECHTSABKOMMEN

Die Souveräne Entscheidung einer Regierung, die sich nicht unter Druck setzen läßt VEREINTE NATIONEN.- Außenminister Felipe Pérez Roque sagte, Kubas Unterzeichnung der Menschenrechtsabkommen entspräche der souveränen Entscheidung einer Regierung, die nie unter Druck gehandelt hat oder handeln wird.

Die kubanische Post geht gegen Fehlverhalten vor

IM Vorjahr erhielt das Postunternehmen Correos de Cuba 700 Beschwerden aus der Bevölkerung und ca. 5.000 Beanstandungen von ausländischen Postämtern über Unregelmäßigkeiten, die im Postverkehr aufgetreten sind.

"Die Blockade ist eine Unterdrückung des kubanischen Volkes"

DER Staatssekretär Seiner Heiligkeit, Kardinal Tarcisio Bertone, wiederholte in Havanna die Worte von Papst Johannes Paul II., die dieser während seines Kuba-Besuchs 1998 aussprach, als er die Blockade der USA gegen die Insel als ungerecht und ethisch unannehmbar bezeichnete.

Solidarität üben heißt, die Blockade zu brechen

DAS erste Mal sprach ich mit Hans Mikosch im Mai 2007, als die Absurdität, US-amerikanische Gesetze in anderen Ländern anwenden zu wollen, die österreichische Bank BAWAG dazu brachte, kubanische Konten aufzulösen.

Sturmflut zerstörte Teile der Stadt Baracoa

STARKE Wellen von zeitweise fünf Meter Höhe einer plötzlichen Sturmflut zerstörten in Baracoa 47 Wohnhäuser vollständig und beschädigten mehr als 200 sowie andere Gebäude der Stadt, die in der Provinz Guantánamo und mehr als 1.000 Kilometer von Havanna entfernt liegt.

Octavio Cortázar und die revolutionäre Epik

OCTAVIO Cortázar, ein Meister des Dokumentarfilms, starb im Alter von 72 Jahren an einem Herzinfarkt in Madrid, wo er Vorlesungen gab.

KUBA BEI DER 5. HALLEN-WM DER LEICHTATHLETIK

Yargelis Savigne, Königin des Dreisprungs

MIT einem letzten, goldenen Sprung krönte sich die Kubanerin Yargelis Savigne im spanischen Valencia zur Hallenweltmeisterin im Dreisprung.

Über zwei Millionen Kubaner beim Terry-Fox-Marathon

DER Vorsitzende des Olympischen Komitees Kanadas (COC), Michael Andrew Chambers, gab den Startschuß für die 8.000 Läufer aus Havanna, die am 15. März am Terry-Fox-Marathon teilnahmen.

USA zensieren Internetseiten

DIE Regierung der Vereinigten Staaten hat einer US-amerikanischen Informatikfirma, die den Gebrauch von Domain-Namen im Internet kommerzialisiert, angeordnet, illegal und ohne Vorankündigung etwa 80 Webseiten eines britischen Reiseveranstalters zu schließen, weil er unter anderem Reisen nach Kuba verkauft hat.

DISPUT EXXON MOBIL - PDVSA

Sieg der Souveränität

CARACAS.- Als einen "hundertprozentigen Sieg für das Land" bezeichnete der Minister für Energie und Erdöl Venezuelas, Rafael Ramírez, den vom britischen Gericht gefällten Urteilsspruch über die vom transnationalen US-Unternehmen Exxon Mobil eingereichte Klage gegen PDVSA.

Kubanische Ärzte eröffnen in Guatemala eine mobile Augenklinik

GUATEMALA – Kubanische Ärzte werden in dem nord-westlichen Bezirk Quiché die erste mobile chirurgische Einrichtung zur kostenlosen Behandlung von Sehstörungen einrichten.

Artikel von www.redglobe.de

Fidel Castro: Mit Chávez wollen sie das selbe machen wie mit Milosevic

Freitag, 7. März 2008

In seinem neuesten Kommentar hat der frühere kubanische Präsident Fidel Castro davor gewarnt, dass der Imperialismus den Plan verfolge "mit Chávez das zu machen, was sie mit Milosevic nach dem völkermörderischen Kosovo-Krieg gemacht haben", nämlich ihn vor den Internationalen Strafgerichtshof zu bringen. Der frühere jugoslawische Präsident war in seiner Zelle in Den Haag unter nie endgültig geklärten Umständen ums Leben gekommen.

In seiner heute veröffentlichten "Reflexion des Compañero Fidel" bezieht sich Castro auf eine Zusammenstellung von Dokumenten in der venezolanischen Fernsehsendung "La Hojilla", die am Mittwoch im staatlichen Kanal Venezolana de Televisión (VTV) ausgestrahlt worden war.

Scharf setzt sich Castro in diesem Kommentar auch mit den wiederholten Vergleichen des venezolanischen Präsidenten mit dem deutschen Diktator Adolf Hitler auseinander: "Hitler war das ureigene Kind des kapitalistischen Systems (...) Der Faschismus ermordete unzählige Menschen. Chávez hat niemals irgend jemanden umgebracht..."

Schließlich warnt Castro auch davor, die Schwere des durch "die Regierung der Vereinigten Staaten geschaffenen Problems", der durch die kolumbianische Militärintervention in Ecuador ausgelösten Krise, zu unterschätzen: "Was können die Völker Lateinamerikas, die den Schutz der nationalen Souveränität verlangen, vom Imperium erwarten? Kann so eine Tyrannei bleibend sein, die die Bevölkerung des Planeten so sehr verletzt?"

Blickpunkt Kuba

Herausgeber: Cuba Solidaritätsgemeinschaft Granma e.V.

c/o Franz Schütz, Kainzenbadstraße 28, 81671 München

Email: franz.schuetz@granmasoli.de // Internet: www.granmasoli.de

Spendenkonto: 1710206, BLZ 70160300 (Raiffeisenbank München)

Die Cuba – Solidaritätsgemeinschaft Granma e.V. dient ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten, gemeinnützigen Zwecken und ist berechtigt, Spendebescheinigungen auszustellen